



Demokratischer Protest und
christliche Verantwortung

AKTIV GEGEN NEONAZIS



NÄCHSTENLIEBE

VERLANGT KLARHEIT

Evangelische Kirche gegen

Rechtsextremismus

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	1
I. Die aktuelle Situation	
Gedenken an Mehmet Kubaşık – Kirche trauert um Opfer des rechten Terrors	4
Hatten NSU-Terroristen Mittäter in Dortmund? - Fragen an Justiz, Politik und Polizei	6
Manipulierte Statistik: Warum fünf Morde nicht als rechtsextremistisch motiviert galten	8
„Man kann heute Neonazi sein und trotzdem cool aussehen“ – Das Phänomen Autonome Nationalisten	9
Gewalt als Strategie: Zum Auftreten der Dortmunder Neonazi-Szene	14
II. Die christliche Verantwortung	
„Wir können nicht tatenlos zusehen“ – Was die Evangelische Kirche in der Region tut	16
Warum die Evangelische Kirche sich gegen Rechtsextremismus engagieren muss! – Eine theologische Begründung	20
III. Die Hintergründe	
Wehrhafte Demokratie: Warum können Nazi-Aufmärsche nicht verboten werden?	25
Unerträglich, aber ganz legal: Steuerzahler finanzieren die Verfassungsfeinde	27
Die Regelungen des Parteiengesetzes	29
Verfassungsschutzbericht zu rechter Gewalt: Schlechte Noten für NRW	29
Das unterschätzte Nazi-Mädel	31
Im Zweifel rechts – Kleine Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945	32

EDITORIAL

NSU - bisher war das ein harmloses Kürzel für einen netten Kleinwagen aus der Nachkriegszeit. Seit letztem Jahr ist „NSU“ ein Zeichen für rechtsextremen Terror geworden. Das jahrelange, planmäßige Morden einer Gruppierung, die sich selbst als „Nationalsozialistischer Untergrund – NSU“ bezeichnet, haben selbst langjährige Aktivisten nicht für möglich gehalten.

Zwar nahmen die Gewalttätigkeiten in den letzten Jahren auch in Dortmund erkennbar zu. Im Umfeld der hiesigen Neonazi-Szene hat es sogar schon vier Morde gegeben: Im Jahr 2000 wurden drei Polizeibeamte getötet, fünf Jahre später Thomas Schulz. Und seit einigen Jahren sind außer den Skinheads auch die sogenannten Autonomen Nationalisten bzw. Nationalen Sozialisten in Dortmund aktiv, eine sehr dynamische Gruppierung, die mit Gewalt droht oder sogar gewalttätig wird.

Aber das Auftreten einer rechtsterroristischen Zelle mit langfristig geplanten Mordaktionen über Jahre hinweg bewegt sich in einer ganz anderen Dimension. Und als sei dies alles nicht schon schlimm genug, stellt sich nach und nach heraus, dass diese Zelle nicht nur weitere Unterstützer aus dem Umfeld hatte, sondern in noch ungeklärter Weise mit staatlichen Stellen verbunden war. Zumindest, so der jetzige Stand, haben staatliche Stellen nicht alles getan, um diese Zelle zu stoppen.

Auch Dortmund ist Schauplatz eines Mordes der „NSU“ geworden. Der türkischstämmige Mitbürger Mehmet Kubaşık wurde am 4. April 2006 in seinem Laden an der Mallinckrodtstraße erschossen. Niemand hat damals einen rechtsextremistischen Hintergrund vermutet. Im Gegenteil, die Familie wurde sogar verdächtigt, in irgendeiner kriminellen Machenschaft verstrickt zu sein. Schon die Bezeichnung als „Döner-Morde“ oder der Name „Bosporus“ für die Sonderkommission zeigen, dass auch Öffentlichkeit und Polizei einen eingeengten Blick hatten. Es stellt sich jetzt die Frage, ob es besondere Gründe dafür gibt, warum auch Dortmund Schauplatz eines NSU-Verbrechens wurde. Hat es doch etwas mit der hiesigen Neonazi-Szene zu tun? Gibt es Verbindungen? Bewiesen ist in der Beziehung noch nichts - möglich erscheint manches.

Viele Bürger sind nun aufgeschreckt. Seit dem Herbst 2011 hat sich die Aufmerksamkeit bundesweit verändert. Der Bundesinnenminister

hat eine Zentralstelle gegen Rechtsextremismus angekündigt. Die Landesinnenministerkonferenz will parteiübergreifend ein erneutes NPD-Verbotsverfahren prüfen.

In NRW hat Landesinnenminister Ralf Jäger einen Acht-Punkte-Plan veröffentlicht, in dem u.a. eine konsequente Erfassung von Straftaten von Rechtsextremisten (nicht: rechtsextremen Straftaten), das Verbot legaler Waffen für Rechtsextremisten und eine Verstärkung des Aussteigerprogramms angekündigt werden. Weiterhin sieht Jägers Plan die Einrichtung eines Kompetenzzentrums gegen Rechtsextremismus im Landeskriminalamt vor. Die Landesregierung will den Kontrolldruck auf die rechtsextremistische Szene steigern, präventive Maßnahmen verstärken, den Ermittlungsdruck auf rechtsextremistische Straftäter erhöhen und alle Personen der rechtsextremistischen Szene konsequent aus der Anonymität herausholen. 35 zusätzliche Ermittler sollen dazu landesweit eingestellt werden.

In Dortmund veränderte sich die Atmosphäre bereits 2009. Nach dem Überfall auf die DGB-Veranstaltung am 1. Mai und der Verdrängung einer Familie im Stadtteil Dorstfeld wurde mehr Menschen als vorher bewusst, dass Dortmund eine sehr aktive Nazi-Szene hat. Ein Zeichen dafür ist, dass an der Demonstration „Bunt statt Braun“ am 3. September 2011 über 4000 Menschen teilgenommen haben, mehr als in den acht Jahren zuvor. Dies war ein großartiges Signal der Entschlossenheit, Neonazis nicht zu tolerieren.

Ein wichtiger Schritt im vergangenen Jahr war auch der endlich vom Rat der Stadt verabschiedete „Lokale Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“. Parallel dazu hat die Stadt eine Aussteiger-Beratung in Dortmund angesiedelt und mit Landesmitteln eine Opferberatungsstelle eingerichtet. Auch der neue Polizeipräsident hat eine erhöhte Aufmerksamkeit und intensivere Maßnahmen angekündigt.

In Dortmund muss jetzt die richtige Mischung aus Repression, Ausstiegsangeboten und zivilgesellschaftlichem Engagement gefunden werden, insbesondere in den betroffenen Stadtteilen. Die Aufmerksamkeit der öffentlichen Debatte wiederum sollte sich nicht zu sehr auf die Aufmarschtag konzentrieren. Es kommt darauf an, über den Tag hinaus nachhaltig vorzugehen.

Die Evangelische Kirche ist seit vielen Jahren aktiv im Kampf gegen Rechtsextremismus, in Dortmund und anderswo. Für Christinnen und Christen ist dieses Engagement nicht auf einen Tag beschränkt. Gesinnung und Taten der Neonazis stehen in direktem Gegensatz zum

christlichen Glauben. „Wir evangelischen Christinnen und Christen können nicht tatenlos zusehen. Denn der Neonazismus propagiert eine Ideologie der gewollten Ungleichheit, verharmlost die Verbrechen der NS-Zeit und verleugnet damit die Gottesebenbildlichkeit eines jeden Menschen und seine Menschenwürde“, hat der Vorstand der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund bereits 2007 erklärt. Die Evangelische Kirche hat darum eine Kampagne gestartet unter dem Motto „Kirche gegen Rechtsextremismus – Nächstenliebe verlangt Klarheit“. Dazu gibt es Materialien, einen Aufkleber und nicht zuletzt große Banner an kirchlichen Gebäuden. Vor allem wird auf verschiedenen Ebenen kontinuierlich gegen Rechtsextremismus gearbeitet.

Über all das will diese kleine Broschüre informieren. Im ersten Teil liefert sie mit Blick auf die aktuelle Lage eine erste Orientierung, insbesondere zu den Neonazis in Dortmund. Wir dokumentieren aber auch eine Gedenkminute des Dortmunder Kirchenparlaments und öffentliche Fragen des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus zu den NSU-Morden. Im zweiten Teil wird dargestellt, was die Kirche, was Christen tun und warum sie es tun. Im dritten Teil geht es dann um Einzelaspekte im Engagement gegen Rechtsextremismus: Die Fragen, warum Nazi-Demos nicht leichter verboten werden können oder warum rechtsextreme Parteien Steuergelder bekommen, machen viele ratlos. Es sollen aber auch Zusammenhänge aufgezeigt werden. Darum wird in einem längeren Beitrag die Geschichte des Rechtsextremismus nach 1945 dargestellt. Nicht zuletzt gibt es konkrete Hinweise, wo man sich informieren und engagieren kann.

Es ist unmöglich, den laufenden Ereignissen im Rahmen eines solchen Heftes gerecht zu werden. Wer aktiv gegen Neonazis sein will, findet hier aber erste Orientierung.

Die Redaktion

Friedrich Stiller, Rainer Zunder

Dortmund, im Januar 2012

Pfarrer Friedrich Stiller ist Leiter des Referats für Gesellschaftliche Verantwortung der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund und Lünen.

Rainer Zunder war viele Jahre Politikredakteur einer großen Tageszeitung und ist ehrenamtlich in der Evangelischen Kirche tätig.

I. DIE AKTUELLE SITUATION

Gedenken an Mehmet Kubaşık – Kirche trauert um Opfer des rechten Terrors

Im November 2011 wurde bekannt, dass in Deutschland seit mehr als einem Jahrzehnt eine neonazistische terroristische Vereinigung unerkannt mindestens zehn Morde an türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern und einer Polizeibeamtin begehen konnte. Eines der Opfer war der Dortmunder Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık.

Auf der turnusgemäßen Sitzung der Verbandsvertretung (des Parlaments) der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund und Lünen am 21. November 2011 gedachten die Delegierten der Opfer rechtsterroristischer Gewalt mit einer Schweigeminute. Zuvor wurde ein von Friedrich Stiller und Rainer Zunder eingebrachter Text verlesen:

Viele Menschen in Deutschland, aber auch hier in Dortmund, sind erschüttert über das Ausmaß rechtsterroristischer Gewalt, das in den letzten Tagen offenbar geworden ist. Selbst wer sich lange mit dem Thema beschäftigt hat, konnte sich so etwas kaum vorstellen: Eine braune Terrorgruppe zieht dreizehn Jahre lang unerkannt durchs Land, raubt und stiehlt und ermordet die, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen.

Dies geschah auch hier bei uns in Dortmund. Am 4. April 2006 wird der Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık in seinem Laden an der Mallinckrodtstraße mit einer Pistole erschossen. Er ist eines der neun oder mehr Opfer, einer der ermordeten Migranten.

Aber bereits vorher gab es in Dortmund vier weitere Tote durch Neonazis. Im Jahr 2000 wurden drei Polizeibeamte aus Dortmund und Recklinghausen in Ausübung ihres Dienstes von dem Neonazi Michael Berger, der am Hellweg wohnte, erschossen. Im März 2005 wurde ein junger Mann, Thomas Schulz, an der U-Bahn-Haltestelle Kampstraße nach einem Wortwechsel von einem 17-jährigen Dortmunder Neonazi erstochen.

Wir fragen: Warum wurden die Tötungsdelikte von offizieller Seite trotz deutlicher Indizien nicht als rechtsextremistisch erkannt? Warum wurde im Fall des ermordeten Mehmet Kubaşık bis vor wenigen Tagen nie in Richtung Rechtsterrorismus ermittelt? Und wir wollen von den Ermittlungsbehörden wissen, ob es auch Verbindungen zwischen der Zwickauer Terrorvereinigung und der Dortmunder Neonaziszene gab.

Dortmund ist ein zentraler Schauplatz des Rechtsextremismus in Westdeutschland geworden. Mit dem Aufkommen der Gruppierung der Autonomen Nationalisten seit etwa 2004 zeigt sich die Szene hier besonders aggressiv. Dies haben sie mit dem Überfall auf die Mai-Feier des DGB 2009 gezeigt – der erste Vorfall dieser Art seit 1945 – und zeigen es bis heute mit ihrem Auftreten in Dorstfeld, mit Bedrohungen, Überfällen und regelmäßigen Aufmärschen.

Wir wollen der Toten und der Opfer rechtsextremistischer Gewalt gedenken und auch unserem Entsetzen Ausdruck geben, dass in unserem Land, in unserer Stadt so etwas möglich ist.

- Wir verbinden das mit der Mahnung, noch wachsamer zu sein als bisher und insbesondere die unselige Verquickung staatlicher Stellen genauestens aufzuklären.

- Wir verbinden es aber auch mit dem Versprechen, dass wir als Evangelische Kirche in der Region weiter mit großer Aufmerksamkeit und hohem Engagement uns für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, gegen Rechtsextremismus und jede Form des Rassismus.

- Der Rechtsextremismus in Dortmund muss eingedämmt werden, auch über die Aufmarschtage hinaus. Die Zivilgesellschaft muss in ihrem Engagement gestärkt werden. Wir fordern von Politik und Staat und von den Gerichten, dass sie mehr als bisher tun und die Probleme ernster nehmen.

Wir gedenken der Opfer der Zwickauer Terrorvereinigung, namentlich des Dortmunder Mitbürgers Mehmet Kubaşık.

Wir gedenken der 182 Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland seit 1990, namentlich der Polizeibeamten Yvonne Hachtkemper, Thomas Goretzky und Matthias Larisch von Woitowitz und des Opfers an der U-Bahn-Haltestelle Kampstraße, Thomas Schulz.

Wir gedenken Ihrer und bitten Gott um Trost für die Angehörigen.

Hatten NSU-Terroristen Mittäter in Dortmund?

Fragen an Justiz, Politik und Polizei

Im November 2011 erschütterten Erkenntnisse über die ursprünglich aus Zwickau bzw. Jena stammende rechtsterroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) die Republik. Das Nazi-Trio Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos soll über mehr als ein Jahrzehnt schwerste Verbrechen begangen haben, darunter zehn Tötungsdelikte. Die Morde an neun Kleinunternehmern mit türkischen bzw. griechischen Wurzeln zwischen 2000 und 2006, darunter der an dem Dortmunder Kiosk-Besitzer Mehmet Kubaşık, wurden von Polizei und Verfassungsschutz als „Döner-Morde“ verharmlost. Auch nach der Erschießung einer Heilbronner Polizistin im Jahr 2007 wurde nicht in Richtung rechter Terrorismus ermittelt.



Mitglieder der Zwickauer bzw. Jenaer rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU): Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos (von links).

Erneut war die Stadt Dortmund in den Fokus neonazistischer Gewalt geraten. Nach der Ermordung dreier Polizeibeamter im Jahr 2000 und des Punkers Thomas Schulz 2005 ist Mehmet Kubaşık bereits das fünfte Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt in unserer Stadt. Der von der Evangelischen Kirche mitgetragene Arbeitskreis gegen

Rechtsextremismus forderte nach Bekanntwerden der Hintergründe der Mordserie Politiker, Strafverfolgungsbehörden und Verfassungsschutzämter auf, nicht mehr nur von „Einzeltätern“ zu sprechen: „Es gilt anzuerkennen, dass es im rechtsextremistischen Spektrum längst Strukturen gibt, die die Bezeichnung ‚terroristische Vereinigung‘ gemäß § 129 a StGB verdienen.“

Der Arbeitskreis erwartet, dass verstärkt untersucht wird, ob es im Vorfeld des Mordes an Mehmet Kubaşık Verbindungen zwischen dem NSU und der Dortmunder Neonazi-Szene – bis hin zur möglichen Mittäterschaft – gegeben hat. Zudem gibt es weitere konkrete Hinweise, die auf eine Vernetzung Dortmunder Neonazis im deutschen und europäischen rechtsterroristischen Spektrum hinweisen:

■ Seit Jahren existieren enge Kontakte zwischen „Autonomen Nationalisten“ in Dortmund und Neonazis in den östlichen Bundesländern, was sich an zahlreichen gemeinsam durchgeführten Aufmärschen wie zuletzt am 3. September 2011 in Dortmund nachweisen lässt.

■ Wie sehr die rechtsextremistischen Netzwerke deutschlandweit und darüber hinaus funktionieren, zeigt sich zudem an dem regen Austausch ungezählter rechter Internet-Plattformen. Auch hier nimmt die Dortmunder Neonazi-Szene einen herausgehobenen Platz ein.

■ Für die Vermutung, dass Dortmunder Neonazis im organisierten Rechtsterrorismus aktiv sein könnten, spricht nicht zuletzt dies: Als im Juli 2011 der norwegische Terrorist Anders Behring Breivik seinen Massenmord plante, verschickte er per E-Mail sein „Manifest“ weltweit an Personen, von denen er sicher war, sie zu seinen Unterstützern und Sympathisanten zählen zu können. Einer der wenigen deutschen Adressaten war der „Nationale Widerstand Dortmund“.

Schon damals stellte der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus den politisch und juristisch Verantwortlichen diese Fragen:

Was wissen die Ermittlungsbehörden über die Mitgliedschaft Dortmunder Neonazis im internationalen Netzwerk gewaltbereiter Rechtsextremisten? Liegen den Ermittlungsbehörden Erkenntnisse

über rechtsextremistische Gewaltbereitschaft in Dortmund vor, die auch vor Attentaten nicht zurückschreckt? Wird auch in Richtung eines möglichen Rechtsterrorismus ermittelt?

Vor diesem Hintergrund erwartet der Arbeitskreis eine Einbeziehung der Dortmunder Neonazis in die Untersuchung des jetzt offenkundig gewordenen Rechtsterrorismus in Deutschland: „Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über hiesige rechtsextremistische Strukturen müssen dringend in diese Untersuchungen einfließen.“

Manipulierte Statistik: Warum fünf Morde nicht als rechtsextremistisch motiviert galten

Die im letzten Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2010 präsentierten Erhebungen zu rechtsextremistisch motivierter Gewalt sind mit Vorsicht zu genießen. Noch im Sommer 2011, wenige Wochen vor ersten Berichten über die terroristische Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), hatte das Landeskriminalamt NRW vier spektakuläre Tötungsdelikte in Dortmund nicht in die Rubrik rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten aufgenommen und somit auch nicht an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet.

So fehlt etwa der 2005 in Dortmund vom Neonazi Sven Kahlin erstochene Thomas Schulz. Auch der Mord an drei Polizeibeamten, die im Jahr 2000 vom Dortmunder Neonazi Michael Berger getötet wurden, wird nicht als politisch motiviert erfasst. Die rechte Szene weiß es besser: Berger, der sich nach seiner Tat erschoss, wird als Märtyrer verehrt, Kahlin, der vorzeitig aus der Haft entlassen wurde, trat bis zur erneuten Verhaftung Ende 2011 als umjubelter Redner bei Neonazi-Treffen auf und beging neue Gewalttaten. Auch das NSU-Verbrechen an Mehmet Kubaşık 2006 war angeblich nicht rechtsextremistisch motiviert.

Die Angaben des Bundes und der Länder sind seit der Wiedervereinigung 1990 immer wieder in die Kritik geraten, weil sie eklatant von den tatsächlichen Zahlen rechtsextremistisch motivierter Gewalt abwichen. Die Tageszeitungen „Tagesspiegel“ (Berlin) und „Frankfurter Rundschau“ sowie die Wochenzeitung „Die Zeit“ haben nach gründlichen Recherchen regelmäßig eigene Erhebungen veröffentlicht. Danach haben von Oktober 1990 bis September 2010 in der Bundesrepublik Deutschland mindestens 137 Menschen ihr Leben durch Angriffe von Tätern aus der Neonazi-Szene verloren; neueste Erhebungen gehen sogar von mehr als 180 aus. Die Polizeibehörden führen jedoch lediglich 47 Tote in ihren Statistiken, die übrigen werden als Opfer „normaler“ Gewaltverbrechen bezeichnet.

Rainer Zunder

„Man kann heute Neonazi sein und trotzdem cool aussehen“

Das Phänomen Autonome Nationalisten

Von Rainer Zunder und Friedrich Stiller

Noch vor wenigen Jahren waren Neonazis scheinbar leicht auszumachen: Glatzköpfige Stiefelträger, die dröhnende Skinhead-Musik konsumieren und im „Kameradschafts“-Rudel mit Baseballschlägern alles attackieren, was ihnen in die Quere kommt.

Dieses Klischee war schon immer fragwürdig, doch seit etwa 2002 hat sich eine Szene innerhalb der Neonazi-Bewegung herausgebildet, die einerseits noch radikaler nationalsozialistisch auftritt und andererseits erheblich „moderner“ daherkommt.



Deutliche Hassbotschaft: Neonazi-Aufmarsch in Dortmund

Die „Autonomen Nationalisten“ greifen Lebensstile auf, die bislang links-alternativen oder links-autonomen Szenen zugeschrieben wurden. Sie tragen „Streetwear“ meist ganz in Schwarz, dazu das „Palästi-

nenser-Tuch“ und T-Shirts mit Bild von Che Guevara, spielen flott-rebellische Musik von den „Ärzten“ oder „Ton Steine Scherben“.

Dortmund ist neben Berlin und München einer der zentralen Stützpunkte der „Autonomen Nationalisten“. Nicht wenige junge Neonazis sind aus dem Umland nach Dortmund gezogen, haben hier gemeinsam Wohnungen gemietet und Strukturen aufgebaut. Sie suchen die Konfrontation und gehen dorthin, wo sie Angriffsziele sehen.

In nur vier Jahren haben diese jungen Neonazis in Dortmund eine neue Hochburg geschaffen, die für die Szene der gesamten Bundesrepublik eine bedeutende Rolle spielt. Auch wichtige Internet-Plattformen der Neonazis werden von Dortmund aus gesteuert. Seit September 2005 organisieren sie ihre so genannten „Antikriegstage“. Seitdem haben sie diesen Termin als alljährliche „feste Größe“ für die gesamte deutsche Neonazi-Szene etabliert, zahlreiche Teilnehmer kommen auch aus benachbarten europäischen Ländern.

Wenn heute Neonazis auf Dortmunds Straßen ihre Parolen verbreiteten, marschierten da nicht mehr glatzköpfige Skinheads mit Bomberjacken und Springerstiefeln, auch nicht tumbe Altnazis mit der Reichskriegsflagge, sondern Jugendliche in zeitgeistigem Outfit. „Modern“ und anders, beim flüchtigen Hinsehen beinahe links, sind auch die Sprüche auf mitgeführten Transparenten – Kritik an Kapitalismus, Globalisierung und Krieg.

Für Alexander Häusler, Sozialwissenschaftler an der Fachhochschule Düsseldorf, sind die „Autonomen Nationalisten“ zwar ein neues, aber durchaus erklärbares Phänomen: „Der historische Faschismus hat immer schon Anleihen beim politischen Gegner von der Linken gemacht“, machte er in einem Vortrag vor dem Dortmunder „Forum gegen Rechtsextremismus“ im Sommer 2011 klar.

„Die Neuorganisation orientiert sich an der radikalen Linken“, sagte Häusler, der gemeinsam mit seinem Kollegen Jan Schedler, Sozialwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum, in dreijähriger

Forschungsarbeit die rechtsautonome Szene untersucht hat. Die Forschungsergebnisse sind kürzlich als Buch erschienen (siehe unten).

Die neue Gruppierung sei „optisch und stilistisch angelehnt an jugendkulturelle Ausdrucksformen des linksautonomen politischen Gegners“, hielt Häusler fest. Sie hat ihre Wurzeln in den etwa 200 „Freien Kameradschaften“, dem „Kernstück der Modernisierung der extremen Rechten“, und bildet derzeit „die stärkste Organisationsform neben der NPD“.



Streetwear, Baseballkappen, cooles Outfit – aber immer noch die alte Ideologie: Neonazi-Aufmarsch im September 2006 an der Märkischen Straße in der südlichen Dortmunder Innenstadt.

Auch in Dortmund, und dort besonders im Westen der Stadt, organisieren sie offensive Auftritte bei öffentlichen Veranstaltungen und tragen so zur Verunsicherung der Bürger bei. Spektakulär erschien eine Gruppe der sogenannten Autonomen Nationalisten vor zwei Jahren im Dortmunder Rathaus, als dort ein Forschungsbericht über Rechtsextremismus in der Stadt vorgestellt werden sollte.

Als die IG Metall im Jahr 2010 einen Demonstrationzug zum Aktionstag Leiharbeit auf dem Dorstfelder Wilhelmsplatz beginnen ließ, erschienen zehn Rechtsextreme mit einem eigenen Banner: „Gutbezahlte Arbeit für alle Deutschen“. Im Jahr darauf tauchte eine Nazigruppe bei einer Bürgerversammlung in Lütgendortmund auf, bei der die Stadt die Ansiedlung von Flüchtlingen im Stadtteil mit den Bürgern diskutieren wollte.

Aufmärsche ausgerechnet am 1. Mai, dem gewerkschaftlichen Tag der Arbeit, von den neuartigen Neonazis seit einigen Jahren und auch 2012 in Dortmund angemeldet, passen in dieses Bild.

Die bundesweit etwa 800 bis 1000 „Autonomen Nationalisten“ sind jünger als die Mitglieder der „klassischen Kameradschaften“, haben die Wissenschaftler herausgefunden, dies sei „ein echter Generationswechsel“. Zwar sehen sie sich weiterhin als Teil des Kameradschaftsspektrums, bevorzugen aber eine „neue Inszenierungsform“: Häusler: „Das neue Auftreten, die Orientierung am jugendkulturellen Zeitgeist, öffnet einen Zugang in die Jugendszene, weil man nicht mehr daherkommt wie die Neonazis alten Stils.“ Das Motto: „Man kann heute Neonazi sein und trotzdem cool aussehen.“

Auch das Besetzen von Themen des politischen Protests folgt vordergründig dem Vorbild linker Subkulturen: „Autonome Nationalisten“ geben vor, Imperialismus und imperialistische Kriegstreiberei zu bekämpfen, sie prangern die Auswüchse der Globalisierung an und gefallen sich in einer antikapitalistischen Pose. Hier aber, so Häusler, gelte es genau hinzusehen: Diese „Rebellionsattitüde“ kaschiere nur notdürftig, dass es grundsätzlich ums Propagieren „autoritärer Werte“ und um einen „manifesten Rassismus“ gehe, um „offene rassistische Hetze gegen Migranten, um Nationalismus und Antisemitismus“.

So seien – wie das „internationale Finanzjudentum“ für die NSDAP – eindeutig Antisemitismus und Antiamerikanismus „Kern der Kapitalismuskritik“. Ziele der „Autonomen Nationalisten“ seien die Wiederherstellung der „Volksgemeinschaft“ und die „Renationalisierung“ der Wirtschaft. Auch der sogenannte „Nationale Antikriegstag“, zu

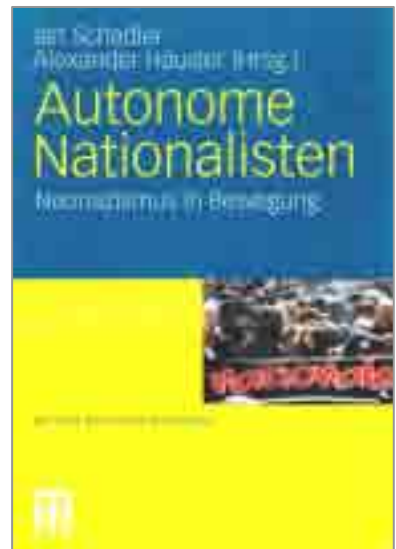
dem jeweils im September Neonazis durch Dortmund marschieren, sei geprägt von „antisemitischer und antiamerikanischer Agitation“.

Mit dieser Zielrichtung bleibe, trotz aller Abgrenzung vom organisierten Rechtsextremismus, „die NPD der parteipolitische Bezugspunkt“ der jungen Neonazis. Die NSDAP werde ebenso verherrlicht wie die „Kriegshelden“ des Zweiten Weltkriegs und der „Führer-Stellvertreter“ Rudolf Hess; Aussteiger aus der rechten Szene berichteten „von Hitler-Büsten und NS-Altären in den Wohnungen junger Neonazis“.

Und noch eines haben die Forscher herausgefunden: eine „sehr starke Affinität zur Gewalt“. Im „Fokus gewalttätiger Aktionen“ stünden kritische Journalisten, Polizeibeamte und ganz pauschal „die Linke“. Häusler spricht von „einer besonders radikalen Form des ‚nationalen Widerstandes‘, die eine starke anziehende Wirkung auf Jugendliche hat“. Und in krassem Gegensatz zum letzten Verfassungsschutzbericht, der von einem Rückgang rechtsextremistischer Gewalttaten spricht, stellt Häusler fest: „Diese Gewalttaten haben seit dem Aufkommen der ‚Autonomen Nationalisten‘ stark zugenommen.“

Siehe auch:

Jan Schedler / Alexander Häusler (Hrsg.):
Autonome Nationalisten. Neonazismus in
Bewegung
Wiesbaden (VS Verlag) 2011, € 34,95



Gewalt als Strategie: Zum Auftreten der Dortmunder Neonazi-Szene

Dortmunder Neonazis sind gerade in den letzten Jahren erheblich gewalttätiger geworden. Überfälle und Angriffe sind keine Ausnahmen, sondern eine Strategie der Einschüchterung, um Dominanz zu erobern. Diese (längst nicht vollständige) Aufstellung beginnt zwar im Jahr 2000, konzentriert sich aber auf die letzten sechs Jahre.

14. Juni 2000: Der Neonazi Michael Berger erschießt drei Polizisten und tötet sich dann selbst. Neonazis feiern ihn als Märtyrer:



28. März 2005: Im U-Bahnhof Kampstraße ersticht der 17-jährige Neonazi Sven Kahlin den Punker Thomas Schulz. Die Neonazis in einer Erklärung: „Die Machtfrage wurde gestellt und wurde für uns befriedigend beantwortet: Dortmund ist unsere Stadt.“

4. April 2006: Der Kiosk-Besitzer Mehmet Kubaşık wird durch einen Pistolenschuss getötet. Die Polizei ermittelt im „Milieu“ des Ermordeten, eine rechtsextremistische Tat wird nicht angenommen. Erst 2011 stellt sich heraus, dass die Täter zur rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Widerstand“ (NSU) gehören.

28. April 2006: 30 Neonazis überfallen das Szene-Lokal HirschQ in der Brückstraße, und greifen Besucher an. Eine Nazi-Webseite veröffentlicht eine „Bildergalerie“ des Überfalls. Titel: „So endet Antifaschismus“. Die Überfälle wiederholen sich in den folgenden Jahren.

30. April 2007: Auf einem Neonazi-Internetportal werden zwei Dortmunder Funktionäre der Grünen bedroht: „... wird sich der Nationale Widerstand mit den Personen beschäftigen müssen“.

21. Mai 2007: Anschlag auf das Büro der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Linke), Scheiben werden zerstört. Acht Wochen zuvor war das Büro schon einmal Ziel einer Attacke.

2. September 2007: Erneuter Angriff auf das Lokal HirschQ. Ein einschlägig vorbestrafter Haupttäter bekommt später ein Jahr Haft.

17. November 2007: 30 Neonazis stürmen ein Lokal an der Rheinischen Straße, rufen „Schieß Türken – Schieß Ausländer“, sprühen Pfefferspray. Ein Türsteher wird mit einer Schusswaffe bedroht.

10. März 2008: Anschläge mit Buttersäure auf das Grünen-Büro (das bereits am 1. Mai 2007 überfallen wurde) und einen Buchladen im Klinikviertel. Eine Scheibe wird zerschossen, an der Außenwand steht: „Kein Freiraum für Linksfaschisten“.

30. Dezember 2008: Personen aus dem Anti-Nazi-Spektrum werden auf Internetseiten mit persönlichen „Steckbriefen“ bedroht.

3. Januar 2009: Der Dortmunder Neonazi-Internetversand „Resistor“ nimmt Steinschleudern in das Sortiment auf.

1. Mai 2009: Mehr als 300 gewalttätige Neonazis überfallen die Mai-Kundgebung des DGB. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs gegen mehrere Täter. Einen Prozess gegen Dennis Giemsch, den mutmaßlichen Anführer des Nazi-Mobs, und andere Haupttäter gab es auch knapp drei Jahre nach dem Überfall noch nicht; er soll angeblich im Frühsommer 2012 stattfinden.

12. Dezember 2010: Die Skinheadfront Dortmund-Dorstfeld greift erneut die alternative Kneipe Hirsch-Q und verletzt mehrere Menschen schwer. Unter den Angreifern ist auch der wegen der Tötung von Thomas Schulz verurteilte und vorzeitig aus der Haft entlassene Sven Kahlin.

1. Dezember 2011: Das Amtsgericht Dortmund teilt mit, dass Kahlin die zur Bewährung ausgesetzte Reststrafe von zwei Jahren und drei Monaten nun in einer Haftanstalt absitzen muss.

12. Dezember 2011: Wie schon mehrmals in den zurückliegenden Jahren wird von Neonazis das Lokal HirschQ überfallen. Am selben Tag greifen Rechtsextremisten auf dem Weihnachtsmarkt Menschen an, die gegen den HirschQ-Überfall protestieren.

II. DIE CHRISTLICHE VERANTWORTUNG

„Wir können nicht tatenlos zusehen“

Was die Evangelische Kirche in der Region tut

Von Pfarrer Friedrich Stiller

Die Evangelische Kirche hat an vielen Stellen deutlich gemacht, dass der Einsatz gegen Rechtsextremismus für sie keine beliebige Frage ist, sondern unmittelbare Folge von Glaubensüberzeugungen. (siehe den folgenden theologischen Beitrag). So haben sich auch kirchenleitende Gremien hier in der Stadt mit dem Rechtsextremismus konkret auseinandergesetzt. Wegweisend erklärte der Vorstand der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund und Lünen (VKK) bereits 2007:

„Wir evangelischen Christinnen und Christen können nicht tatenlos zusehen. Denn der Neonazismus propagiert eine Ideologie der gewollten Ungleichheit, verharmlost die Verbrechen der NS-Zeit und verleugnet damit die Gottesebenbildlichkeit eines jeden Menschen und seine Menschenwürde.“

Angesichts des Erstarkens der rechtspopulistischen, mit Neonazis durchsetzten Bewegung „Pro NRW“ haben die Präsidien (die leitenden Geistlichen) von Rheinland und Westfalen festgestellt, Positionen von „Pro NRW“ seien mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat die Kampagne „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus“ auf die Beine gestellt, weil die Kirchengemeinden mancherorts die einzigen sind, die noch eine Basis für demokratischen Protest bieten. Es sei auch erwähnt, dass die staatliche Beratungsstelle im Regierungsbezirk Arnsberg vom Jugendamt der evangelischen Landeskirche wahrgenommen wird.

Die Evangelische Kirche in Dortmund und Lünen ist seit mehr als zehn Jahren aktiv im Engagement gegen Rechtsextremismus. Zuerst arbeitete sie in Demo-Bündnissen mit anderen gesellschaftlichen Kräften, vor allem dem DGB, zusammen, wie bei der ersten großen Aktion 2001 auf der Schützenstraße mit über 10.000 Menschen. 2005 wurde mit anderen der „Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechts- extremismus“ gegründet, in dem die Evangelische Kirche bis heute an verantwortlicher Stelle mitarbeitet. Der 4. September 2010 und der 3. September 2011 haben gezeigt, dass die Kirche auch eine wichtige Rolle dabei spielt, den zivilgesellschaftlichen Protest zu bündeln und zentrale Veranstaltungen mit Bindewirkung durchzuführen.



Gemeinsam gegen Rechts: der westfälische Präses Alfred Buß, Superintendent Paul-Gerhard Stamm und die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth im September 2010 auf dem Dortmunder Nordmarkt.

Bei der Kundgebung 2010 auf dem Nordmarkt mit 1500 Teilnehmern sprach, neben Minister Guntram Schneider von der Landesregierung und Claudia Roth von den Grünen, auch der Präses der westfälischen Landeskirche, Dr. h.c. Alfred Buß. Am 3. September 2011 wurde die Demonstration „Bunt statt Braun“, von der Kirche mitorganisiert, mit 4000 Teilnehmern die größte Antinazidemo seit vielen Jahren. Dabei ist es aus kirchlicher Sicht wichtig, dass auch führende Ver-

treter der Muslime eingebunden waren. Das zeigte das gemeinsame Banner „Religionen für Frieden und Dialog“.

Seit vielen Jahren kooperiert die Evangelische Kirche mit städtischen Stellen, seit einigen Jahren auch mit der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Intensiv wurden die Erstellung des kommunalen Aktionsplans unterstützt, der im November 2011 vom der Dortmunder Rat beschlossen wurde.

In Lünen wird seitens des dortigen Kirchenkreises die Gründung eines Runden Tisches Rechtsextremismus unterstützt, den der Landtagsabgeordnete Schmelzer angeregt hatte.

Die Evangelische Kirche in Dortmund unterhält für diese Arbeit eine eigene Dienststelle, das Referat für Gesellschaftliche Verantwortung, wo die Aktivitäten entwickelt und koordiniert werden. Der leitende Pfarrer vertritt die Kirche auch bei den außerkirchlichen Kooperationen und ist selbst einer der beiden Sprecher des „Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus“.

2008 wurde die Kampagne „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus“ nach Dortmund geholt. Seitdem wurden an etlichen Gemeindehäusern und am zentralen Versammlungsgebäude, dem Reinoldinum am Wall, Banner aufgehängt. Aufkleber mit dem Motto sind tausendfach gedruckt und verteilt. Auf manchem Laternenmast sieht man sie auch heute, wobei sie vielleicht einen Aufkleber der Nazis verdecken. Auch das Plakat „Dortmund hat keinen Platz für Rechtsextremismus“ hängt in vielen Schaukästen der Kirchengemeinden.

Seit 2008 hat der evangelische Kirchenkreis West das Thema im Dortmunder Westen zum Schwerpunktthema erklärt. Das ist sehr wichtig, wenn man bedenkt, dass gerade in diesen Stadtbezirken verfestigte Neonazistrukturen bestehen und eine Art „Heimrecht“ behauptet wird. So ist die Kirche dort vor Ort ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus. Gerade die Menschen im Nahbereich finden hier ein offenes Ohr. So ist es selbstverständlich,

dass die örtliche Kirchengemeinde seit Jahren am „Runden Tisch“ gegen Rechts im Stadtteil Dorstfeld mitarbeitet.

Bis heute beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe des Kirchenkreises West mit lokalen Maßnahmen. Aktuell wurde ein Projekt „Zivilgesellschaft stärken in Dorstfeld“ auf den Weg gebracht. Es soll die Menschen im Stadtteil konkret stärken und langfristig der Verunsicherung durch Neonazis in der Nachbarschaft entgegenwirken.

Besonders spannend waren zwei Großveranstaltungen mit Hunderten Konfirmanden als Gäste des Oberbürgermeisters im Rathaus, bei denen sich die jungen Menschen, angeregt durch Theatergruppen, pädagogisch mit dem Thema auseinandersetzen konnten.

Auch Kirchengemeinden und Gemeindeglieder in anderen Stadtteilen Dortmunds engagieren sich seit langem vor Ort. Immer wieder wird das Thema Rechtsextremismus aufgegriffen, meist in gemeindlichen Gruppen, regelmäßig aber auch in den Leitungsgremien. An den Brennpunkten der Nazi-Aufmärsche gibt es sogar Gruppen, die regelmäßig zusammenkommen, um Protestaktionen oder einen thematischen Gottesdienst auf die Beine zu stellen.

Das Engagement in den übergreifenden Zusammenschlüssen soll natürlich weitergeführt werden. Aktivitäten, die die Bürger innerhalb und außerhalb der Kirche informieren und ihnen helfen, selbst aktiv zu werden, bleiben wichtig. Zur Zeit wird aber auch überlegt, wie das Thema weiter innerhalb der örtlichen Kirche verankert werden kann. Ein wichtiger Schritt wird sein, die aktiven evangelischen Menschen und Gruppen stärker zu vernetzen. Dadurch würden der fachliche Austausch gefördert und mehr gemeinsame Aktivitäten ermöglicht. So wäre auch christlichen Fragestellungen und Formen nachzugehen. Im Raum steht zum Beispiel ein Predigtsonntag zum Thema, aber auch eine Ausweitung der guten Aktion für Konfirmanden.

Warum die Evangelische Kirche sich gegen Rechtsextremismus engagieren muss!

Eine theologische Begründung

Von Akademiedirektor Prof. Dr. Michael Haspel

Evangelische Akademie Thüringen / Neudietendorf

Wir beobachten das Zunehmen rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft. Diese machen auch vor den Kirchentüren nicht halt, obwohl sie eindeutig Jesu Gebot der Gottes- und Nächstenliebe widersprechen: „Du sollst Gott, deinen Herrn, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen Kräften und von ganzem Gemüt und deinen Nächsten wie dich selbst.“ (Lukas 10,27 par.). Wesentliche Elemente rechtsextremer Weltbilder sind Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Orientierung an autoritären Strukturen, Demokratie- und Pluralitätsabwertung, Bestreiten von Gleichheit etc. Im folgenden soll an einigen Beispielen gezeigt werden, dass diese rechtsextremen Orientierungen mit der Grundorientierung des christlichen Glaubens nicht vereinbar sind.

Gottebenbildlichkeit und Menschenwürde



Prof. Michael Haspel

zu den Menschen in

In der Erzählung der Schöpfung am Beginn des biblischen Zeugnisses wird überliefert, dass Gott die Menschen, alle Menschen, als Bild seiner selbst erschafft: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Weib“ (1. Mose 1,27). Alle Menschen sind also nicht nur Gottes Geschöpfe, sondern seine Ebenbilder. Dadurch ist die besondere Beziehung Gottes zu den Menschen zum Ausdruck gebracht. Er setzt sich in dieser in der Schöpfungs-

geschichte begründeten besonderen Gottesbeziehung kommt nach christlichem

Verständnis das Besondere der Menschen zum Ausdruck. Sie sind von Gott gewollt. Sie sind nicht einfach zufällig da, sondern stehen von Anfang an in einer kommunikativen Beziehung, die Geschichte und Lebensgeschichte eröffnet und begleitet. Deshalb ist in dieser Gottebenbildlichkeit nach christlichem Verständnis die Würde aller Menschen angelegt. Die Menschenwürde gilt allen Menschen in gleicher Weise. Das Alte Testament unterscheidet in dem literarischen Zusammenhang, in dem die Schöpfungsgeschichte steht, die unterschiedlichen ethnischen Gruppen, die sich aus den Ureltern entwickeln. An keiner Stelle wird die Gottebenbildlichkeit und die Menschenwürde auf ein Volk eingeschränkt bzw. jemand daraus ausgeschlossen. Sie geht auch, als Entsprechung zum Beziehungsangebot Gottes, nicht - wie in älteren dogmatischen Entwürfen manchmal noch angenommen wird - durch den Sündenfall verloren. Das Ja Gottes zu den Menschen gilt ihnen gerade in ihrer Sündhaftigkeit, aus der sich zu befreien Gott ermöglichen will.

Bei rechtsextremen Einstellungen und Ideologien spielt die Ungleichheit von Menschen auf Grund ihrer Abstammung und Kultur eine große Rolle. Dies ist mit der Lehre von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen nicht vereinbar.

Die Kirche Jesu Christi ist multikulturell

Schon Paulus hat theologisch geklärt, dass die gute Nachricht von der Gerechtersprechung der Sünderinnen und Sünder durch den Glauben an Jesus, den Christus, allen Menschen gilt: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Knecht noch Freier, hier ist nicht Mann noch Weib; denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus“ (Galater 3,28). Die Kirche ist deshalb offen für alle Menschen, egal welcher Abstammung sie sind, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Stellung. Die christliche Kirche war von Anfang an multikulturell. Das Evangelium hat eine universale Tendenz: Der Zuspruch der

frohen Botschaft der Befreiung gilt allen Menschen; der im biblischen Zeugnis festgehaltene Anspruch an Lebensführung und Zusammenleben der Menschen soll alle Menschen in gleicher Weise schützen.

Auch in dieser Perspektive wird deutlich, dass das biblische Zeugnis im Gegensatz zu rassistischen und sexistischen Inhalten der rechtsextremen Überzeugungen steht.

Die bleibende Erwählung der Jüdinnen und Juden

Der ursprüngliche Bund Gottes galt seinem erwählten Volk Israel, dem er sich offenbart hat. Nach christlichem Verständnis hat Gott diesen Bund durch die Offenbarung in Jesus Christus für alle Menschen geöffnet, die an ihn glauben. Der ursprüngliche Bund bleibt aber in seiner Besonderheit erhalten: „Wenn aber nun etliche von den Zweigen ausgebrochen sind und du, der du ein wilder Ölbaum warst, bist unter sie gepfropft und teilhaftig geworden der Wurzel und des Saftes im Ölbaum, so rühme dich nicht wider die Zweige. Rühmst du dich aber wider sie, so sollst du wissen, dass nicht du die Wurzel trägst, sondern die Wurzel trägt dich“ (Römer 11, 17f.). Deshalb sind Christinnen und Christen dem Volk Israel in besonderer Weise verbunden. Jesus und die Glieder der Urgemeinde waren Jüdinnen und Juden. Die heilige Schrift der Jüdinnen und Juden ist Christinnen und Christen Grundlage und Voraussetzung des Neuen Testaments.

Deshalb ist jede Form des Antisemitismus vom biblischen Zeugnis und christlichen Glauben her abzulehnen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass es auch im Christentum verhängnisvolle Formen des Antijudaismus gab und gibt. Gerade deshalb wird sich die Evangelische Kirche gegen den Antisemitismus in der Gesellschaft wenden.

(...)

Der rechtsstaatliche Schutz der „Fremdlinge“ (Ethische Perspektive)

Wohl auf Grund der eigenen Erfahrungen in Exilsituationen (Ägypten, Babylon) haben sich in der Rechtsordnung Israels besondere Formen des Schutzes von Ausländern entwickelt: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen“ (2. Mose 22,20). Die so genannten „Fremdlinge“ wurden den Einheimischen gleich gestellt. Beachtenswert ist dabei, dass diese Regelungen in den Rechts-sammlungen des Alten Testaments aufgenommen wurden, ihnen also eine besondere Form der Verbindlichkeit und Bedeutung gegeben wurde: „Es soll ein und dasselbe Recht unter euch sein, für den Fremdling wie für den Einheimischen; ich bin der Herr, euer Gott“ (3. Mose 24,22). Der rechtliche Schutz der Fremdlinge basiert also einerseits auf dem ethischen Prinzip des Schutzes des Schwächeren mit dem Ziel der Bewahrung der Freiheit aller, wie er der Thora und in besonderer Weise den Zehn Geboten zu Grunde liegt. Zum Anderen kommt darin zum Ausdruck, dass es sich dabei um ein grundlegendes Element der Rechtsstaatlichkeit handelt.



Im Juli 2010 polemisiert „Pro NRW“ in Dortmund-Hörde gegen einen Moschee-Neubau – evangelische Christen zeigen Flagge.

Für die christliche Ethik ergeben sich daraus drei Perspektiven. Zum einen ist ein Schutz der Bedrängten unabhängig von ihrer Abstammung eine Handlungsmaxime christlicher Lebensführung, man denke etwa an das Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Zum anderen wird der Schutz der Schwächeren und Fremden und die Wahrung ihrer Rechte zu einer Forderung christlicher Ethik, die den Bereich des individuellen Handelns übersteigt. Die christlichen Kirchen engagieren sich in der Gesellschaft deshalb dafür, dass dies Teil der staatlichen Rechtsordnung wird und bleibt. Zum Dritten wird deutlich, dass die Rechtsordnung, die auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit beruht, Grundlage für das gesellschaftliche Zusammenleben und damit ein zu förderndes und bewahrendes Gut unserer Gesellschaft ist.

Alle drei Aspekte stehen im Gegensatz zu rechtsextremen Weltbildern.

(...)

Der Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus gehören zur Weltverantwortung der Kirche

In diesem Sinne werden sich nicht nur evangelische Christinnen und Christen, sondern die Gemeinden und Kirchen gegen Rechts extremismus engagieren. Zum einen weil sie zu unmittelbarer Hilfe herausgefordert werden, wenn Menschen von Rechtsextremen in ihrem Leben beeinträchtigt werden - und das fängt nicht erst bei der Androhung und Anwendung von Gewalt an. Zum andern müssen sie sich gegen den gesellschaftlichen und politischen Rechtsextremismus wehren, weil er fundamental den christlichen Grundüberzeugungen und Maßstäben widerspricht. Drittens werden die Kirchen im Rahmen ihres Öffentlichkeitsauftrags die demokratische und plurale Kultur und Institutionenordnung unseres Landes stärken, die Grundlage unseres Gemeinwesens ist, gemäß dem Motto: „Suchet der Stadt Bestes... und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.“ (Jeremia 29,7).

III. DIE HINTERGRÜNDE

Wehrhafte Demokratie: Warum können Nazi-Aufmärsche nicht verboten werden?

Von Rainer Zunder

Deutsche Rechtsextremisten haben Dortmund (neben Berlin) zu ihrem zentralen Agitationsort erklärt. Versuche der Polizei, Nazi-Aufmärsche zu verhindern, werden regelmäßig vom Bundesverfassungsgericht zunichte gemacht. Schwer erträglich für Demokraten: Warum können Demonstrationen von Neonazis, trotz deren verfassungsfeindlicher Grundhaltung, nicht verboten werden?



Gemeinsame Aktion über Religionsgrenzen hinweg: 2010 protestieren Christen und Muslime in der Nordstadt gegen einen Neonazi-Aufmarsch.

Der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus hat diese Frage bei zwei Fachtagungen Wissenschaftlern und Bundespolitikern gestellt. Die Ausführungen des Bremer Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Ulli Rühl sowie der Bundestagsabgeordneten Dr. Dieter Wiefelspütz (SPD) und Helmut Brandt (CDU) waren weitgehend einheitlich und eindeutig:

- Die Grundrechte des Grundgesetzes (GG) gelten „zunächst einmal für alle“ (Art. 3 Abs. 3 GG), also auch für Rechtsextremisten.

■ Erlaubt ist zudem, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) „in scharfer, überspitzter Form“ wahrzunehmen: „Die Grundrechte erlauben zu provozieren.“

■ Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Geltung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) ist „ziemlich klar“. Nach dem Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (VersammlG) dürfen Versammlungen verbotener Parteien nicht stattfinden (§ 1 Abs. 2 VersammlG). Daraus aber folgt ebenso klar: „Versammlungen nicht verbotener Parteien dürfen nicht verboten werden.“ Also: „Es gibt kein Sonderrecht für die Rechten.“

Der Aufstieg der Nationalsozialisten und die Vorgänge nach 1933 hätten, sagte Rühl, überaus deutlich gemacht, „dass Rechtsextremisten die Grundrechte benutzen, um die Grundrechte abzuschaffen; dass sie rechtsstaatliche Formen benutzen, um den Rechtsstaat abzuschaffen“. Die heutigen Neonazis gingen sicherlich ebenso vor.

Wer so die Grundrechte missbraucht, der verwirkt sie laut Art. 18 GG. Die Frage ist nur, „ob jeder Polizeipräsident entscheiden kann“, ob von rechten Demonstranten Grundrechte missbraucht und verwirkt werden: „Die klare Antwort heißt: nein. Die Frage des Missbrauchs ist beim Bundesverfassungsgericht angesiedelt.“

Grundsätzlich gelte, erklärten Rühl und die Abgeordneten Wiefelspütz und Brandt übereinstimmend: „Man kann die Feinde des Rechtsstaats nur mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen.“ Das sei auch die Position des Bundesverfassungsgerichts. Wenn das Oberverwaltungsgericht in Münster dazu des Öfteren „auf Konfrontationskurs gegangen“ sei und das polizeiliche Verbot von Nazi-Aufmärschen bestätigt habe, habe es sich, so Rühl, nicht wundern dürfen, „dass es aus Karlsruhe die Konfrontation zurückbekommen hat“.

Allerdings sei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, auf das sich Rechtsextremisten regelmäßig berufen, „nicht schrankenlos“. Beschränkungen seien aber nicht zulässig bei „Lappalien“, sondern nur „zum Schutz wichtiger anderer Rechtsgüter“. Exakt hier, führte Rühl

bei der Fachtagung aus, fingen „die Grauzonen“ an. Das reine „Gefühl“ von Gegnern der Rechtsextremisten, dass dringend etwas getan werden müsse, reiche nicht aus: „Es gibt keinen Gefühlsschutz.“

Man brauche vielmehr zwingend ein „Rechtsgut“, um Nazi-Aufmärsche zu verhindern. Das einzige Verfassungsorgan, das hier nachhaltig tätig werden könne, sei der Deutsche Bundestag.

Eine weitere Möglichkeit ist das Parteiverbot (Art. 21 Abs. 2 GG). Die Verfassungsorgane des Bundes sollten dringend ein neues NPD-Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht einleiten, forderte Rühl. Er begründete das unter anderem mit den in den neuen Bundesländern entstandenen „national befreiten Zonen“ und den massiven „Bedrohungen“ von Bürgern im Osten, die Wahlveranstaltungen demokratischer Parteien besuchen wollten, durch NPD-Mitglieder: „Da fangen die Parallelen zu SA- und SS-Strategien vor 1933 an.“

Unerträglich, aber ganz legal: Steuerzahler finanzieren die Verfassungsfeinde

Die rechtsextremen Parteien NPD und DVU (seit 2011 zusammengeschlossen) sowie die REP erhalten zu ihrer Finanzierung soviel öffentliche Steuergelder wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Allein die Zuwendungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung wuchsen von 2001 bis 2006 von jährlich 2,7 Millionen Euro auf 2,9 Millionen Euro an.

Nach einer Analyse der Innenminister der Bundesländer finanziert sich die rechtsextremistische NPD „zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Geldern“. Dass die Bürger mit ihren Steuern Verfassungsfeinde finanzieren, sei „nicht hinnehmbar“, heißt es in der SPD.

So standen der NPD im Jahr 2006 aus dem so genannten „Wählerstimmenkonto“, also dem Stimmenanteil aus den letzten Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen, 1,36 Millionen Euro zu und aus der

„staatlichen Teilfinanzierung“, mit der die Eigeneinnahmen der Parteien aufgefüllt werden, weitere 1,2 Millionen Euro.

Doch so üppig sich bereits dieser Millionenbetrag aus dem Bundeshaushalt ausnimmt – aus anderen Steuertöpfen schöpft die NPD noch wesentlich mehr ab. Beispiel Freistaat Sachsen: Hier sitzt die Partei seit 2004 im Dresdner Landtag. Allein zur Finanzierung ihrer Fraktionsarbeit erhält sie jährlich mehr als 1,3 Millionen Euro. Die Grundgehälter der Abgeordneten machen jedes Jahr 617.000 Euro aus, die steuerfreien Aufwandsentschädigungen noch einmal 167.000 Euro. Alles in allem alimentiert der Steuerzahler die sächsischen Rechtsextremisten jährlich mit knapp 2,1 Millionen Euro. Mit zusammen etwa einer Million Euro nicht ganz so hoch war 2007 die Summe für die NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern.

Holger Apfel, NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag und seit 2011 Bundesvorsitzender der verfassungsfeindlichen Partei: Ohne die staatlichen Zuschüsse aus der Parteienfinanzierung wäre die von Finanzskandalen gebeutelte NPD längst pleite.



Dies alles addiert, kann sich die NPD Jahr für Jahr mit mindestens 4,5 Millionen Euro aus öffentlichen Kassen bedienen. Hinzu kommt: Auch die erhöhten Gehälter der Fraktionsvorsitzenden und der Parlamentarischen Geschäftsführer sowie die Sitzungsgelder für NPD-Vertreter in Stadt- und Kreisräten bundesweit werden aus Steuergeldern bezahlt. Nicht wenige Parteienforscher sagen, ohne die staatlichen Zuwendungen „wäre die NPD längst pleite“.

Alle drei Parteien zusammen konnten sich in der vorletzten Legislaturperiode mit mehr als 6,7 Millionen Euro jährlich aus der Staatskasse bedienen – die höchste Summe, die die deutschen Steuer-

zahler je dafür ausgeben mussten, dass rechtsextreme Parteien unter dem Schutz der Rechtsordnung ihr Gedankengut verbreiten können.

Die Regelungen des Parteiengesetzes

- Die Finanzierung der Parteien regelt das Parteiengesetz. Grundlage ist Art. 21 GG, der sagt: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Maßgebend für die Höhe der Mittel sind zum einen die Wählerstimmen-Anteile bei den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen („Wählerstimmenkonto“) sowie die Summe der Mitgliedsbeiträge und Spenden der Partei („staatliche Teilfinanzierung“).
- Für jede Wählerstimme erhalten Parteien, die mindestens 0,5 Prozent, bei Landtagswahlen mindestens ein Prozent aller Stimmen erhalten haben, 0,70 Euro, für die ersten vier Millionen Stimmen sogar 0,85 Euro. Zudem wird jeder Euro, den eine Partei aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden einnimmt, vom Staat mit 0,38 Euro aufgestockt.

Rainer Zunder

Verfassungsschutzbericht zu rechter Gewalt: Schlechte Noten für NRW

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2010 nehmen NRW und das Ruhrgebiet an einigen Stellen der Statistik einen unrühmlichen ersten Platz ein. Erkenntnisse des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus werden auch hier vermerkt: Der Einfluss von glatzköpfigen, Springerstiefel tragenden Skinheads in der Neonazi-Szene geht zurück, die sogenannten „Autonomen Nationalisten“ (in Dortmund nennen sie sich „Nationaler Widerstand“) bekommen mehr Einfluss und nehmen zahlenmäßig zu.

Gleichzeitig steigt die Gewaltbereitschaft: „Insgesamt lässt sich ein Anstieg der Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen, beobachten“, heißt es in dem Bericht. Das gelte insbesondere für „Autonome Nationalisten“. Weil sich diese Gruppe unauffälliger kleide, sei die Zugehörigkeit zur rechten Szene „äußerlich nur noch selten zu erkennen“. Die auffällige Skinhead-Subkultur gelte als veraltet und werde „für jugendliche Rechtsextremisten zu-

nehmend uninteressant“: „Die Szene-Angehörigen bevorzugen stattdessen Kleidungsstücke oder Marken, die sich an allgemeinen Trends der Jugendmode orientieren.“

Trotz erhöhter Gewaltbereitschaft sei die rechtsextremistisch motivierte Kriminalität gegenüber 2009 insgesamt um 15,2 Prozent zurückgegangen – von 18 750 auf 15 905 registrierte Fälle. Die Zahl der Gewalttaten sank danach um 14,5 Prozent, von 891 auf 762 (zur Problematik solcher Angaben siehe den Bericht „Manipulierte Statistik?“ in dieser Broschüre). Die Zahl der Neonazis sei „deutlich angestiegen“, von 5000 auf 5600, darunter 1000 „Autonome Nationalisten“.

Auffällig ist erneut die Konzentration rechtsextremer Gewalt in den fünf neuen Bundesländern. Anders als im Bundestrend stieg dort die Zahl der Straftaten an, insbesondere im Bereich der Gewaltkriminalität: Von den bundesweit 762 rechtsextremen Gewalttaten entfielen allein auf den Osten 304 – also 40 Prozent, obwohl hier nur etwa 20 Prozent der Einwohner der Bundesrepublik Deutschland leben.

Zählt man allerdings jedes Bundesland für sich, führt Nordrhein-Westfalen mit gut 20 Prozent aller rechtsextremistischen Gewalttaten die Negativliste an (149 registrierte Vorfälle), gefolgt von Sachsen (98), Niedersachsen (80) und Sachsen-Anhalt (67); die wenigsten Gewalttaten wurden in Hessen (20), Saarland (7) und Bremen (5) gezählt.

Deutlich besser rangiert NRW auf der Negativliste, wenn die Anzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten relativ zur Einwohnerzahl gewichtet wird. Hier liegen die fünf östlichen Länder Sachsen-Anhalt (2,8 Gewalttaten je 100 000 Einwohner), Brandenburg (2,6), Sachsen (2,3), Thüringen (1,9) und Mecklenburg -Vorpommern (1,7) auf den ersten fünf Rängen. NRW nimmt mit 0,83 Gewalttaten je 100 000 Einwohner den neunten von 16 Plätzen ein, am Ende stehen Bayern (0,46), Baden-Württemberg (0,36) und Hessen (0,33).

Rainer Zunder

Fundstelle:

http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2010/

Frauen spielen in der Neonazi-Szene eine größere Rolle, als die Gesellschaft sehen will.

Das unterschätzte Nazi-Mädel

Britta Helmreich

Dortmund. Sie hat zwölf Jahre im Lager Guantanamo gelebt, mit zwei Männern, die daraufhin aufhangingen – und doch wird diese Zeitscheibe nach ihrer Freilassung in vielen Berichten als „Militärrouten“ beschrieben. Vielleicht, weil wie das so gerne glauben wollen: über Frauen nicht präzise denken, dass es ihnen nur um Gefühle geht (mal zu diesem, mal zu jenem der beiden Soldaten eben).

Doch genau dieses Klischee der unpolitischen Frau ist es, gegen das die Sozialwissenschaftlerin Michaela Köttig seit 20 Jahren vehement kämpft. Die Professorin Psychologie hat die Verantwortlichen des Burschenschaftswesens in Bonn und Berlin zusammen zum Offizier Beate geschrieben, so dass sie dann auftritt: „rechtsexperten Frauen als das zu sehen, was sie sind, nämlich rechtsexperten, unerschütterliche Identität“. Es reicht. Der moderne Rechtsmenschen ist über das Engagement von Frauen nicht dumm.

Bereits Mitte der 1980er Jahre wurde die „Deutsche Frauenfront“ gegründet. 1991 der „Witinger“ Freundeskreis Deutschland, es folgten zahlreiche lokale Gruppierungen und Frauen. Heute sind die Frauen der NPD Mitgliedschaft gleichberechtigt, 1000 Frauen sind die NPD und der „Gesellschaft Deutscher Frauen“ zweitgrößte Organisationen – und auch werden die „Neonaziszenen“ kaum wahrgenommen.

Jamallé Andressa Spiel hat gemeinsam mit Kollegin Anja die Köpfe ebenfalls seit Jahren in der Szene etabliert.



Rechte Demonstrationen in Dortmund

Foto: Anja Messerschmidt

Zwei Jahre arbeiten sie an einem Buch über rechte Frauen („Mädchen – Frauen in der Neonazi-Szene“, Calliope Verlag, 2013, 16,90 €). Spiel weiß, dass die Grausamkeit bei der Strategie ist, so würde die „Gesellschaft deutscher Frauen“ gerade Mitgliederlisten in „bestimmungsgeschichten“ anbieten. Dort engagieren sie sich in Verbänden, „um auf der völkischen Ebene die Gesellschaft“ entgegenzuwirken. Wenn sie dann in den Elternbeiräten gewählt werden sind, rücken sie langsam raus mit ihrer Meinung – wenn man sie schon als Menschen kennengelernt hat, die freundlich sind, die gerne helfen.“

Auch die NPD habe erkannt, dass Frauen die Frage als „Kämpferinnen“ einbringen. Zwei dachten noch immer viele als NPD-Kader, so Spiel, dass die politische Aufgabe der Frau nicht auf dem „Schritt des deutschen Lebens durch unermessliche Kinder“ beschränken sollte. Doch

langt schiefen Frauen zurück darin, feministisch Propaganda zu verbreiten. „Die Szene spielt da ganz geschickt mit unseren Klischees, die besten: Rechtsexperten sind stark, gewaltbereit und stark.“ Dass die Klischee lange Frau, die nicht über in Biologie, Biologie ist, Neonazifrauen sind können wollen wir gar nicht sehen. Klischee schrecken die Mitglieder einer Krabbelgruppe auf, die eine Frau ist als NPD-Präsidentin „entfremdet“ wurde. „Wir können länger nicht mehr sagen, die sind da drin und wir hier“, so Köttig.

Wie viele jungen Frauen werden Frauen in der NPD eigenen Zeitschriften, in etablierten Berichten unterstützen – „um als Lehrerinnen oder Erzieherinnen die nachfolgenden Generationen für die Ideologie zu gewinnen“, sagt Michaela Köttig. Andressa Spiel kommt immer häufiger in dem eine junge Lehrerin, „aus dem Umfeld rechte Militär“ einer Schülerin streift.

Fast die feministische Lebenswirklichkeit ist in der Szene im weiblichen Klischee, so stellt die Frage der Gewaltbereitschaft der Neonazi-Frauen auf noch größere Bedeutung des Rechtsmenschen.

Wie viele Jahre besaß die Köttig noch, dass ein Prozess über rechten Gewalttaten von Frauen begangen werden, beteiligt zehn Prozent der weiblichen Größe. Bis zum Mitte der Köttig als auch Andressa Spiel aber meinen, dass die Szene höher liegt. „Wir befrachten, so wird nicht richtig hingesehen“, so Spiel.

Nach immer können Andressa Spiel zum Tragen: „Sollte wenn Frauen im Internet werden so bei den Einstellungen, aber eher als Zeugen betrachtet, als hätten sie nur zufällig dabei sein.“ In der Biografie rechtsexperten Frauen, die die Sozialwissenschaftlerin Köttig schreiben hat, wenn die „alternativen“ Frauen in kriminellen Aktivitäten verwickelt.

Aus: Westfälische Rundschau, Dortmund – 22. November 2011

Im Zweifel rechts

Kleine Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945

Von Frank Jansen

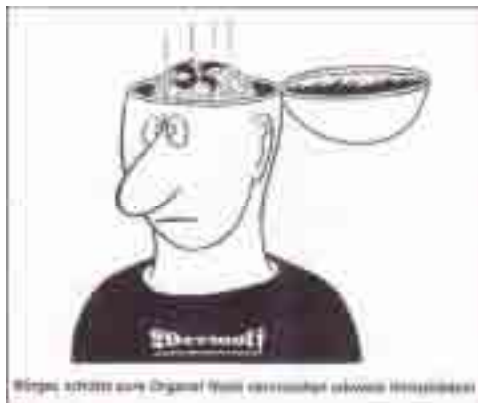
Der Mann ähnelt dem Hollywoodstar Errol Flynn. Kecker Oberlippenbart, das dunkle Haar straff pomadisiert, schlanker Körperbau. Eine smarte, aber auch bizarre Erscheinung.

Am 20. Februar 1952 hebt der Bundestag die Immunität des Abgeordneten Dr. Franz Richter auf, der eigentlich Fritz Rößler heißt. Der ehemals hochrangige Funktionär des NS-Regimes, der sich mit einer erfundenen Biographie 1949 auf der Liste der rechtsextremen „Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei“ (DKP-DRP) in den Bundestag hat wählen lassen, wird verhaftet.

Als der Schwindel auffliegt, ist er schon zur tiefbraunen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) übergetreten. Im Oktober 1952 verbietet das Bundesverfassungsgericht die SRP. Sie sei „in ihrem Programm, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil der früheren NSDAP wesensverwandt“, heißt es im Urteil.

Der Versuch von Altnazis, mit der SRP wieder eine „Kampfzeit“ nach dem Muster der NS-Agitation in der Weimarer Republik einzuläuten, ist gescheitert. Danach kommt kein Rechtsextremist mehr in den Bundestag.

Dennoch bleiben bis heute viele Fragen offen: Wie konnte eine größere Anzahl Deutscher nach der totalen militärischen Niederlage und angesichts der Verbrechen, die im Namen Deutschlands be-



gangen wurden, noch rechtsextreme Ideen verfolgen? Wieso tendieren „normale“ Wähler bis heute auch zu neobraunen Parteien, wenn einer Regierung ein Denkmäler verpasst werden soll?

Es sind meist Angst und angstgenährte Unzufriedenheit, ob real, eingebildet oder aufgebauscht, die in West-Deutschland und später in der vereinigten Republik einen Teil der Bevölkerung zu den rechtsextremen Parteien treiben. Die Frustwellen, autoritäre Demokratieskepsis, Antisemitismus und Angst vor dem Fremden spiegeln sich häufig in Erfolgen der Berufsextremisten von rechts.

Anfang der 1950er Jahre reift in Westdeutschland das Wirtschaftswunder zum stärksten Argument gegen rechts- und linksextreme Agitation. Unter der Regie des Kanzlerpatriarchen Konrad Adenauer fügen sich Wohlstand und Demokratie zu einer Einheit. Die Mehrheit der Westdeutschen akzeptiert allmählich die Demokratie – als politische Rahmenbedingung des Aufschwungs und als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus. Der parteiförmige Rechtsextremismus hat erstmal ausgespielt. Zumal Adenauer, obwohl im Dritten Reich verfolgt, die Masse der Nazis in die Demokratie integriert – auch Verbrecher, zum Beispiel in der Justiz, sind wieder auf ihren Posten. Die Republik arrangiert sich mit der Vergangenheit.

In Ostdeutschland ist es teilweise ähnlich, trotz anders lautender Rhetorik und demonstrativer Prozesse gegen NS-Kriminelle. Mit dem rituellen Bekenntnis zu Antifaschismus und Völkerverständigung sowie scharfen Angriffen auf die „westdeutschen Revanchisten“ blendet das SED-Regime den Anteil Ostdeutschlands am Nazi-Erbe aus. Aber es wird deutschümelnde Symbolik präsentiert. Die 1956 gegründete Volksarmee ist eine „nationale“. Sie trägt Uniform und Stahlhelm, die an die Ausrüstung der Wehrmacht erinnern. In welchem Maße in den ersten Jahrzehnten der DDR unterschwellig rechte Stimmungen rumoren, ist jedoch kaum erforscht.

In West-Deutschland entsteht aus der Konkursmasse der Deutschen Reichspartei und Teilen der Deutschen Partei 1964 die NPD. Dominierende Figur ist Adolf von Thadden, ein graumeliertes

Veteran des westdeutschen Rechtsextremismus. Die NPD schürt Umbruch-Ängste, die in den 1960er Jahren nach dem Abflauen des Wirtschaftswunders einen Teil der Bevölkerung erfassen.

Die NPD hat keine Konzepte, doch Parolen wie „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ sprechen überraschend viele Wähler an. Schlag auf Schlag zieht die Partei von 1966 bis 1968 in sieben Länderparlamente ein und holt 61 Mandate. 1969 scheidet sie jedoch mit 4,3 Prozent bei der Bundestagswahl. Die Niederlage hat für den Rechtsextremismus in Westdeutschland eine historische Dimension. Die NPD verliert bis 1972 alle Landtagsmandate, erst 15 Jahre später gelingt wieder einer rechtsextremen Partei der Einzug in ein Landesparlament (DVU 1987 in Bremen). Trotz Ölkrise, RAF-Terror und zunehmender Arbeitslosigkeit geht die Angst-Rechnung lange Zeit nicht mehr auf. Obwohl das Wählerpotenzial bleibt – das Heidelberger Sinus-Institut findet 1981 heraus, 13 Prozent der wahlberechtigten Bundesbürger haben ein „ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild“.

Nach 1969 schliddert die NPD in die Bedeutungslosigkeit und verliert ihre Funktion als integrative Kraft des „nationalen“ Lagers. Doch die braune Gefahr nimmt nicht ab. Sie fächert sich auf. Jenseits der NPD wächst die Neonazi-Subkultur, militant bis zum Terror.

1980 verüben Mitglieder der „Deutschen Aktionsgruppen“ einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hamburg. Zwei Vietnamesen sterben. Beim Oktoberfest 1980 in München zündet der Neonazi Gundolf Köhler eine Bombe. 13 Menschen, darunter Köhler selbst, kommen ums Leben, mehr als 200 werden verletzt. Weitere Terrorakte folgen, von 1980 bis 1982 werden 24 Menschen getötet.

Als Durchlauferhitzer für junge Fanatiker wie Köhler gilt die Wehrsportgruppe Hoffmann. Der bis zu 400 Mitglieder zählende, nach dem Vorbild der Waffen-SS uniformierte Trupp um den Grafiker Karl-Heinz Hoffmann übt in den 1970er Jahren in bayerischen Wäldern den bewaffneten Kampf. Die Wehrsportgruppe wird 1980 verboten, und nach wenigen Jahren gelingt es den Sicherheits-

behörden, den rechten Terrorismus weitgehend zu bezwingen. Doch die Neonaziszene bleibt weiter präsent.

Von Hamburg aus schwingt sich Michael Kühnen zum Anführer auf. Der Ex-Leutnant ist im Milieu eine Ausnahme: Er kann reden. Und noch ein Phänomen taucht auf: dumpfe und aggressive rechtsextreme Skinheads. Das braune Spektrum wird jünger. Die Szene wird allerdings nur öffentlich wahrgenommen, wenn besonders harte Gewalttaten verübt werden – oder eine rechtsextreme Partei Erfolge verbuchen kann. 1989 gelingt den „Republikanern“, die wie die DVU vom Absturz der NPD profitieren wollen, mit 7,5 Prozent der Einzug ins Abgeordnetenhaus von West-Berlin. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit nehmen die Ängste vor sozialem Abstieg zu.



Die DVU kann 1991 in Bremen solche Ängste ausbeuten. Und von 1992 bis 2001 etablieren sich die REPs im Landtag von Baden-Württemberg, obwohl das Land eines der reichsten ist. Die REPs bedienen mit rassistischem Wohlstandschauvinismus die virtuelle Angst, eines Tages müsse man sich vor Armut fürchten.

Auch in der DDR gärt der Rechtsextremismus. Die Stasi registriert von 1965 bis 1980 mehr als 700 Vorfälle beim Militär, vom Hitlergruß bis zu Angriffen auf Ausländer. Die Volkspolizei beziffert den harten Kern der rechten Szene auf 5000 meist junge Männer – plus 10 000 Mitläufer. Als das SED-Regime kollabiert, entlädt sich rechte Aggression in beispielloser Gewalt, vor allem gegen die wenigen Ausländer. Schon 1990 gibt es Tote. Nach 1989 verspüren Erwachsene in Ostdeutschland erstmals Existenzangst. Die Hoffnungen auf blühende Landschaften werden enttäuscht. Viele Erwachsene projizieren ihre Angst auf Ausländer und Asylbewerber. So legitimiert

der „normale“ Fremdenhass die rechte Jugendgewalt. Bis hin zu offenem Applaus bei Krawallen in Hoyerswerda und Rostock.

Aber auch im Westen sterben 1992 und 1993 bei Anschlägen in Solingen und Mölln acht türkische Frauen. Doch dies ist eher untypisch. Straßenterror wie im Osten gibt es in den alten Ländern nur punktuell. Zwischen Elbe und Oder werden, auf die Einwohnerzahl gerechnet, dreimal so viele rechte Straftaten begangen wie im Westen.



Führerkult: Hitler-Verehrer bei einem Nazi-Aufmarsch am Vincke-Platz im Dortmunder Kreuzviertel.

Die rechte Szene steckt die Verbote mehrerer Neonazi-Vereine weg, entdeckt das Internet und organisiert sich neu in „Kameradschaften“. Die NPD begreift Mitte der 1990er Jahre, dass sie sich für die rechte Jugendbewegung in den neuen Ländern öffnen und dort den Erwachsenen eine anti-kapitalistische Rhetorik bieten muss, um wieder langfristig Fuß zu fassen. Die Partei konzentriert sich auf

Sachsen, wo es ihr gelingt, die Frustration normaler Bürger mit dem Furor der Neonazis zu kombinieren und in den Landtag einzuziehen. Nach den Erfolgen in Sachsen fühlt sich die NPD wieder als Avantgarde des Rechtsextremismus. Auch wenn ihrer Führungsfigur Holger Apfel nicht der schräge Schneid eines Fritz Rößler gegeben ist. Geschweige denn der Sex-Appeal des Errol Flynn.

Aus: Der Tagesspiegel (Berlin), 25. September 2004, zitiert nach: Berliner Künstlerinitiative Courage gegen Fremdenhass e.V. www.qraqe-online.de; Karikaturen: Rainer Hachfeld

SIE WOLLEN MEHR WISSEN?

Rechtsextremismus selbst in der Mitte der Gesellschaft

8,6 Prozent der Deutschen haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. So das Ergebnis der immer noch lesenswerten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2006 „Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren“. Ein rechtes Weltbild gibt es demnach nicht nur am Rand der Gesellschaft, sondern in allen Schichten, Regionen und Altersgruppen. Rechtsextremismus ist ein Problem auch in der Mitte der Gesellschaft.

Abrufbar unter → <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf>

Ein Netzwerk gegen die Nazis

Der angesehenen Wochenzeitung DIE ZEIT ist eine Internetseite zu verdanken, die umfassend über Rechtsextremismus und Neonazis informiert. Wer sich zu Begriffen, Personen oder aktuellen Ereignissen informieren will, findet hier (fast) alles. Die Website ist eine Fundgrube von Informationen und überregional derzeit die beste Seite im Netz. Abstriche muss man nur im lokalen Bereich machen.

Abrufbar unter → www.netz-gegen-nazis.de

SIE WOLLEN MEHR TUN?

Dann nehmen Sie **Kontakt** zu uns auf: Senden Sie uns eine Mail unter rgv@vkk-do.de, wenn Sie zu Informationsveranstaltungen zum Rechtsextremismus in Dortmund eingeladen werden wollen. Rufen Sie an, wenn Sie einen Referenten für Ihre Gruppe oder einen Ansprechpartner in Ihrer Kirchengemeinde suchen.

Auf Wunsch können Sie über uns auch den **Newsletter KontraRE** des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus bestellen. Er informiert einmal im Quartal über aktuelle Ereignisse in Dortmund, falls nötig mit zusätzlichen aktuellen Kurzausgaben.

Informationen zu Dortmund, zu den Aktivitäten der Evangelischen Kirche und zum Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus sind

abrufbar unter → www.dortmund-rechts.de (ab Februar 2012).

VKK Dortmund
Referat für Gesellschaftliche Verantwortung
Jägerstraße 5
44143 Dortmund

rgv@vkk-do.de



www.dortmund-rechts.de